Und jetzt folgt eine halbe Stunde Information in Ö1. Es ist 7 Uhr.

Ö1. Morgenjournal.

Mithilene Seelmann im Studio. Guten Morgen am Donnerstag, dem 5. Oktober.

Aus für das Amtsgeheimnis die Regierung präsentiert heute ihren Entwurf zum Informationsfreiheitsgesetz.

Beim Ausbau der Primärversorgungseinheiten geht plötzlich was weiter.

Warum das so ist und ob der Finanzausgleich die Prioritäten im Gesundheitsbereich richtig setzt.

Dazu ist ÖGK-Generaldirektor Bernhard Wurzerkast im Studio.

In den USA bringen sich erste Kandidaten für die Nachfolge des Vorsitzenden des Repräsentantenhauses in Stellung.

In Granada beraten Spitzenpolitiker aus ganz Europa über die Krisen und die Zukunft des Kontinents.

Und was macht der warme Herbst mit den Bäumen?

Wie das Wetter heute wird, hören Sie von Verena Schöpfer.

Heute und morgen steigen die Temperaturen meist auf 16 bis 23 Grad.

Für Anfang Oktober ist es um rund 5 Grad so hoch.

Die kühlest Regionen liegen da heute in der Früh. Im Müll- und Waldviertel hier zum Teil nur knapp um 0 Grad.

In den Landeshauptstätten hat es aktuell in Wien, in Eisenstadt und auch in St. Pölten 9 Grad herrste Himmelheiter.

Linz und Salzburg mähten Wolfgang und 8 Grad. In Innsbruck ist das Heiter bei ebenfalls 8 Grad. Pragens mähtet Wolkig und 9 Grad Nebelschwarten und 10 und Klagen vor die Hochnebel und 13 Grad.

Zum Sonnenschein mischen sich jetzt in der Früh noch einige Nebel- und Hochnebefelder, etwa in Kernten, in Osttirol, in der Steiermark und teilweise auch in den Alpenthelern.

Bis etwa Mittag sollte sich aber auch hier die Sonne durchgesetzt haben.

Immer wieder ziehen aber auch Wolkenfelder durch, vor allem am Nachmittag können diese vorübergehend dichter werden.

In der Wind, vor allem im Ober- und Niederösterreich, zum Teil lebhaft aus West, die höchsten Temperaturen wie gesagt 16 bis 23 Grad.

Morgen am Freitag dann ähnlich warm, sogar noch etwas mehr Sonne. Nebel- und Hochnebefelder lösen sich noch am Vormittag auf.

Seit Jahren wird in Österreich die Abschaffung des Amtsgeheimnisses gefordert.

Auch die türkisgrüne Regierung hat sich bei ihrem Amtsantritt das Aus für das Amtsgeheimnis vorgenommen.

Nach langem und zehn Ringen dürfte es nun soweit sein,

ÖVP und Grüne wollen am Vormittag den Entwurf für das neue Informationsfreiheitsgesetz präsentieren.

Victoria Waldecker berichtet.

Keine Auskunft verweist auf das Amtsgeheimnis.

Wenn Bürgerinnen oder Journalisten in Österreich nachfragen, ist das oft die Antwort.

Das soll ein Ende haben kündigen ÖVP und Grüne schon lange an.

Ein neues Informationsfreiheitsgesetz soll dafür sorgen,

dass Bund, Länder und Gemeinden Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern beantworten

und Informationen mit ihnen teilen müssen.

Für die Grünen ist das ein Leuchtturmprojekt in Sachen Transparenz.

In den letzten Jahren gab es hier aber großen Widerstand.

Vizekanzler Werner Kogler von den Grünen kritisierte zuletzt immer wieder, dass Länder und Gemeinden auf der Bremse stehen würden.

Viele Bürgermeister und Landeshauptleute haben ihre Kritik auch lautstark geäußert.

Sie befürchten einen großen administrativen Aufwand

und viele Probleme mit dem Datenschutz.

Jetzt gibt es aber offenbar doch eine Einigung zwischen ÖVP und Grünen.

Ein neuer, überarbeiteter Entwurf des Informationsfreiheitsgesetzes

soll heute um 11 Uhr präsentiert werden.

Vizekanzler Werner Kogler und Verfassungsministerin Caroline Edstadler

wollen das Gesetz davor schon der Opposition präsentieren.

Für die Umsetzung braucht die Regierung eine Zweidrittelmehrheit,

also auch die Stimmen von Freiheitlichen oder SPÖ.

Zum Inhalt des Gesetzes gibt es noch kaum Details.

Edstadler erklärte zuletzt aber, dass die Abschaffung des Amtsgeheimnisses für alle Gemeinden gelten soll.

Eine aktive Veröffentlichungspflicht, also das Gemeinden von sich aus

und ohne Anfrage Informationen bereitstellen müssen,

soll aber nur für größere Gemeinden gelten.

Zuletzt wurde ein Entwurf bekannt,

laut dem nur Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern

aktiv Informationen zur Verfügung stellen müssen.

Der Aufschrei war groß, denn das würde in Österreich nur 87 Gemeinden betreffen.

Welche Einwohnergrenze die Regierung hier setzen will, ist noch nicht bekannt.

Seit diesem Monat gibt es in Österreich 50 Primärversorgungszentren,

also jene Gesundheitseinrichtungen, in denen mehrere Ärztinnen und Ärzte zusammenarbeiten, mit längeren Öffnungszeiten und deutlich mehr Angebot unter einem Dach.

Das soll Spitäler entlasten und dem Kassenärztemangel entgegenwirken.

Der Ausbau ist bis vor kurzem sehr stockend vorsichtig gegangen,

warum der jetzt plötzlich Fahrt aufnimmt und wie viele Projekte heuer noch kommen werden,

Katja Artofa und Felix Nowak mit einem Überblick.

Für die Politik ist es seit Jahren, dass Zukunftsmodell trotzdem ist,

der Ausbau der Primärversorgungszentren lange mehr als schleppend verlaufen.

Die Gründe, Finanzierungsängste, Bürokratie und nicht zuletzt der Widerstand der Ärztekammer.

Heuer hat die Regierung die Kammer hier weitgehend entmachtet,

die Gründung vereinfacht und seit dem Vorjahr gibt es eine EU-Förderung.

So hat diese Woche vor Albergs erstes Primärversorgungszentrum eröffnet,

in Bregenz-Vorkluster, mit Gründer Matthias König.

Wir sind ein Ärzte-Team aus insgesamt fünf Ärztinnen und Ärzten.

Wir haben zusätzlich eine diplomierte Pflegekraft, eine Dietologin und eine Sozialarbeiterin.

Neu ist auch ein Primärversorgungszentrum in Wien und zwar eines nur für Kinder.

Das ist seit Mitte des Jahres möglich.

Von immer mehr chronischen Problemen bei Kindern spricht mit Gründerin Sevin Childirim, etwa Autismus, Hyperaktivität sowie Muskel- und Lernschwäche und Sprachentwicklungsverzögerungen.

Wir haben jetzt Logopädie-Assistenten, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Krankenschwestern und Sozialarbeiter.

Mit diesen anderen Berufsgruppen können wir bei den Kindern chronische Erkrankungen lösen.

Beide Zentren haben Werktags von früh bis spät offen, jenes für Kinder

ist auch am Wochenende erreichbar.

Vorteile gibt es aber auch für Ärztinnen und Ärzte.

Sie können sich nicht nur fachlich untereinander abstimmen,

auch der wirtschaftliche Druck lastet auf mehreren Schultern.

Childirim spricht von einem erhöhten Lebensstandard.

Wenn man nicht einfach einzelne Ordination hat, den Gruppen hat, man hat auch einen Work-Life Balance.

Das heißt, man muss sich nicht um alles selber kümmern, sondern man kann auch die Arbeit aufteilen.

Zu den aktuell 50 Zentren kommen bis Jahresende jedenfalls 10 dazu.

Damit hat die Regierung das Ziel bis 2025 zur Hälfte erreicht.

Dadurch, dass man eben gute Beispiele gesehen hat, hat man auch gemerkt, es ist gut, wenn man gemeinsam arbeitet.

Die Kollegen sind auch draufgekommen.

Wenn man gemeinsam an einem Strang zieht, wird das klappen.

Zusätzlich hat auch Politik, aber auch ÖGK und Ärztekammer uns unterstützt.

Und so haben sie eine Reform gefunden,

wo die Ärzte auch halbwegs mit dem klarkommen können.

Dank einer weiteren Gründung in Tirol wird es heuer in jeden Bundesland

Primärversorgungseinheiten geben.

Besonders viele Projekte in Planung sind in Wien, Niederösterreich, der Steiermark und Oberösterreich.

Und auch in Vorarlberg wird Matthias König nicht alleine bleiben.

Eines ist fix schon in der Verhandlung und zweiten munkelt man auch.

Es braucht oft der Initialzündung und weil eben die Länder, da muss gewisse Dinge ausverhandelt werden.

Und wenn das dann geklärt ist, dann geht es dann in der Regel auch schneller.

Das sieht man auch in anderen Bundesländern.

Ob das auch nach dem Ende der EU-Förderung 2025 so weitergeht, wird sich zeigen.

Fix ist seit der jüngsten Finanzausgleichseinigung,

dass der niedergelassene Bereich künftig 300 Millionen Euro jährlich mehr an Geld bekommt.

Das ist aber nur halb so viel wie die Spitalsambulanzen zusätzlich bekommen.

Im Studio begrüße ich den Generaldirektor der österreichischen Gesundheitskasse Bernhard Wurzer.

Schönen guten Morgen.

Schönen guten Morgen.

Herr Wurzer, bleiben wir gleich beim Finanzausgleich.

Der niedergelassene Bereich bekommt nur die Hälfte dessen, was für die Spitalsambulanzen vorgesehen ist, nämlich 300 Millionen pro Jahr.

Werden so die Prioritäten richtig gesetzt?

Naja, das ist das, was ein bisschen der bittere Beigeschmack ist.

Zum einen hat es noch nie so viel Geld im Finanzausgleich zusätzlich für das öffentliche Gesundheitssystem gegeben.

Zum anderen haben wir schon zu Beginn der Verhandlungen von einem einmaligen Mondfenster gesprochen.

Wir haben gesagt, es ist jetzt die Chance, einen bundesweiten großen Leistungskatalog gemeinsam mit der Ärztekammer zu verhandeln, mit neuen zusätzlichen Leistungen, mit einem einheitlichen Honorarkatalog über ganz Österreich, vom Bodensee bis zum Neusiedlersee.

Das hätte allerdings das Doppelte gekostet nach unseren Berechnungen, als das, was jetzt für die Sozialversicherung zur Verfügung steht.

Dafür hat sich die Politik entschieden, stärker in die Spitalsambulanzen zu investieren.

Auch dort gibt es natürlich massive Probleme.

Aber wir gehen davon aus, dass dadurch natürlich die Patienten stärker jetzt in die Spitalsambulanzen wieder strömen werden.

Und wir werden halt mit dem Geld, das zur Verfügung steht, das machen, was möglich ist.

Aber dafür höre ich heraus, dass Sie es ähnlich sehen wie ÖGK, ob man hustt, dem das überhaupt alles zu wenig ist, um die anstehenden Probleme in der Gesundheitsversorgung zu lösen.

Wir waren eben immer in den Verhandlungen dafür, dass wir massiv den niedergelassenen Bereich ausbauen,

um die Spitalsambulanzen zu entlasten und den niedergelassenen Bereich zu stärken.

Das hätte eben insgesamt rund 600 Millionen pro Jahr gekostet, wenn man diesen neuen bundesweit einheitlichen Leistungskatalog umsetzen will, weil das ja ein Verhandlungsmodell mit der Ärztekammer ist.

Wir sind auch dazu in Gesprächen.

Wir wollten auch den niedergelassenen Bereich stärken mit neuen zusätzlichen Leistungen, die bestehenden niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte entlasten.

Darauf fließt jetzt ein Teil davon diesem Geld, das wir gefordert haben, in die Spitalsambulanzen.

Es ist ja nicht verloren, aber trotzdem ist es natürlich etwas, was uns jetzt für diese Umsetzung fehlt.

Ich habe aber gestern dem Landeshauptmann Wallner im Morgenchannel gut zugehört.

Er hat ja gesagt, Gesundheit und Sozialversicherung ist ja Bundessache

und man kann ja auch über andere Wege einfache Bundesgesetze noch einmal einen Schub machen, um dieses Ziel zu erreichen.

Also Sie haben da die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, wenn ich Sie da richtig verstehe.

Wenn es jetzt weniger Geld gibt für den niedergelassenen Bereich, sind da die Primärversorgungseinheiten,

von denen wir jetzt auch gehört haben im Beitrag quasi ein Ausweg,

dass man sagt, das ist aber jetzt ein Teil, wo man für die Gesundheitsversorgung, wo man die

Andersgewehr leisten kann.

Diese Primärversorgungseinheiten waren ja das Rollmodell.

Da gibt es ja schon seit längerem einen bundesweit einheitlichen Leistungskatalog und einen einheitlichen Vertrag, der auch neue Honorierungsformen vorsieht, wo man weniger von der Handgriffsmedizin mehr in Pauschalen und Zeit für die Patienten investiert.

Und wenn man sich dem Beitrag angehört hat, dann ist das eben ein Erfolgsmodell.

Das wollten wir und wollen wir auch ausbauen, das wollen wir verstärkt auch machen, aber natürlich auch in Netzwerke gehen, vor allem im ländlichen Raum, wo sich große Zentren nicht ausgehen,

wo Ärztinnen und Ärzte sich in Netzwerken zusammenschließen

und das eben mit einem bundesweiten Vertrag für alle Ärztinnen und Ärzte,

weil eben diese Primärversorgung ein tatsächliches Erfolgsmodell sind.

Auffällig ist, dass sich da lange Zeit nichts getan hat

und jetzt seit diesem Monat gibt es 50 in Österreich.

Wieso tut sich da jetzt plötzlich was?

Naja, das hat viele Ursachen zum einen, wenn Sie die Pressemeldungen zu Beginn des 1.

Primärversorgungsgesetzes gelesen haben,

was die erste Kammer gesagt hat, dann waren das mit großen Ängsten und Sorgen verbunden.

Anonyme Polykliniken, wo die Patienten durchgeschleust werden.

Jetzt gibt es diese Primärversorgungszentren, sie sind ein Erfolgsmodell.

Wir haben Primärversorgungszentren, die 365 Tage die Woche geöffnet haben

und wenn Sie die Ärztinnen und Ärzte gehört haben, dann ist das auch das Berufsmodell,

das sich diese Kolleginnen und Kollegen wünschen,

weil sie eben zusammenarbeiten wollen mit anderen Gesundheitsberufen,

Logo-Beden, Ärgertherapeuten und das ist das Modell der Zukunft.

Es ist auch für die Patienten sehr, sehr angenehm, weil die Öffnungszeiten erweitert sind.

Man hat nicht nur Vormittag geöffnet, sondern den ganzen Tag

und das ist, glaube ich, ein Versorgungskonzept,

dass die Patienten einen richtigen Platz zum richtigen Zeitpunkt versorgt.

Und dieser Finanzausgleich bringt jetzt auch für diese Primärversorgungseinrichtungen eine entsprechende finanzielle Ausstattung.

Wie gesagt, im Grunde genommen ist mehr Geld für das öffentliche Gesundheitssystem da,

nicht aber für diesen bundesweiten Gesamtvertrag in der Dimension,

wie wir uns ihn gewünscht hätten.

Es gibt auch EU-Geld für diese Primärversorgungseinheiten.

War das neben der Tatsache, dass die Ärztekammer jetzt nicht mehr blockiert,

auch so ein Mitgrund für diese Initialzündung, dass das jetzt ins Laufen kommt?

Ich glaube, hier haben alle Seiten zusammengespield, einerseits EU-Förderung.

Man darf nicht vergessen, dass auch die Länder bei den Primärversorgungszentren

mit dabei und mit am Bord sind, weil ja auch Aufgaben übernommen werden

des öffentlichen Gesundheitsdienstes, für den die Länder zuständig sind.

Und aber auch die Sozialversicherung und die österreichische Gesundheitskasse

massiv investiert haben.

2020 hatten wir 16, jetzt haben wir 50 Primärversorgungszentren und 10 sind in der Pipeline.

Also es ist ein Erfolgsmodell und ich bin sehr, sehr froh, dass es mit den Ärztinnen und Ärzten, denen wir sehr dankbar sind, dass sie diesen Weg als Pioniere begangen sind, auch schaffen können.

Herr Wurzer, hat die ÖGK schon einen Eindruck, wie die Patienten diese Einrichtungen annehmen?

Sie nehmen sich sehr, sehr gut an.

Ich habe selbst den Primärversorgungszentren mal einmal im Wochenende besuchen müssen, weil ich selbst erkrankt bin.

Und das ist sehr, sehr gut angenommen.

Das funktioniert auch hervorragend.

Und ich glaube, die Patientinnen und Patienten wissen es zu schätzen, dass sie eine Kombination aus Öffnungszeiten, vielen Gesundheitsberufen, aber gleichzeitig einer sehr individuellen und persönlichen Medizin bekommen.

Die Initialzündung, wie es auch ein Arzt im Beitrag gemeint hat, ist also getan bei den Primärversorgungseinheiten.

Generaldirektor der ÖGK, Bernhard Wurzer war das, danke, dass Sie zu uns ins Studio gekommen sind.

Dankeschön.

Der Verein für Konsumenten, Information und der Verbund kämpfen sich durch die Instanzen.

Die Bericht Wien hat nun in zweiter Instanz bestätigt, dass eine Preisklausel des teilstaatlichen Energiekonzerns rechtswidrig ist.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, die Hoffnung auf Rückerstattung von Preiserhöhungen wächst aber bei den rund 350.000 Verbundkunden.

Und auch andere Energiekunden in Österreich könnten von rechtswidrigen Preiserhöhungen betroffen sein.

Die Details von Paul Siouache.

100% Wasserkraft, das schreibt sich der teilstaatliche Verbund auf die Fahnen und trotzdem hat der Energiekonzern

Preise an den Preisindex des Stromgroßhandels gekoppelt.

Der Verein für Konsumentinformation hat die entsprechende Vertragsklausel beansprucht und im Frühjahr vom Handelsgericht Wien recht bekommen.

Maximilian Kemetmüller, Jurist beim VKI.

Da sagt das Handelsgericht eben unter einer Weltsicherungsklausel, da erwartet sich der Verbraucher

einen Ausgleich der allgemeinen Inflation, aber nicht eine Preiserhöhung,

die sich an den österreichischen Strompreisindex

als an den Großhandelspreis bindet
und damit zu hohen Dreisteigerungen führen kann.
Und jetzt ist die Bestätigung vom Oberlandesgericht gekommen,
die Klausel ist nicht rechtens, allerdings mit anderer Begründung.
Da stößt sich das Oberlandesgericht
aus unserer Sicht auch zu Recht daran,
dass bei Vertragschluss ein Index herangezogen wird,
der mitunter weiter in der Vergangenheit liegen kann.
Bei einer Preiserhöhung allerdings
wird auch einen aktuelleren Indexwert abgestellt.
Das kann für Neukunden überraschend
kurz nach Vertragschluss zu massiven Preiserhöhungen führen,
obwohl das Unternehmen mit Wasserkraftwerken den Strom selbst herstellt.
Gerade dann kann man nicht mit einer Indexierung
anhand des Strompreisindex rechnen,
der eben einen Ausblick auf die Großhandelspreise gibt.
Das Oberlandgerichts Urteil ist nicht rechtskräftig,
der verbundwirt Revision einlegen, hat aber die Klausel geändert.
Für die rund 350.000 Kundinnen und Kunden
geht es um mögliche Rückzahlungsansprüche,
so wie mit Müller und der VKI-Juris
schätzt, dass weit mehr Menschen in Österreich betroffen sind.
Natürlich gibt es schon Anbieter,
da sehen wir, die sozusagen einen Indexwert
weit vor Vertragschluss teilweise heranziehen,
teilweise auch bei einer Vertrags-, bei einer AGP-Änderung,
Indexwerte, die in der Vergangenheit liegen, vereinbaren.
Also das gab es und das gibt es wahrscheinlich auch heute noch.
Wie das für die heimischen Stromkunden ausgeht,
hängt von der letzten Instanz ab dem obersten Gerichtshof.
Sobald ein Urteil rechtskräftig wird,
erwartet sich auch Johannes Rauch von den Grünen,
Minister für Konsumentenschutz vom Verbund eine Rückzahlung.
Energieunternehmen sollen Preisänderungen
nur auf sachlicher Ebene durchführen.
Im Energieministerium beobachte man den Verfahrensausgang, heißt es.
Im Raum steht eine Gesetzesänderung des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes.
Die Energieunternehmen wünschen sich klare Formulierungen
zu den Preisänderungen im Gesetz, so auch der Verbund.
Für den VKI sind die Regeln dafür klar.
Energiekunden in neue Verträge zu zwingen, wie es seit Monaten passiert,
mit Verweis auf das Verbundurteil, sei nicht nötig.
Es ist 7 Uhr und 16 Minuten.
Im US-Kongress herrscht Chaos nach der beispiellosen Absetzung

des Vorsitzenden des Repräsentantenhauses Kevin McAfee durch eine Revolte innerhalb seiner eigenen Partei.
Die Arbeit im Repräsentantenhaus wurde für eine Woche unterbrochen.
Erste Kandidaten bringen sich für McCartys Nachfolge in Stellung.
Präsident Joe Biden drängt auf eine rasche Entscheidung und fürchtet um die militärische Hilfe für die Ukraine.
Werena Sophie Meyer berichtet.
Die Arbeit im Repräsentantenhaus ist unterbrochen.
Viele Abgeordnete haben Washington verlassen.
Rasch werfen die ersten interessierten Republikaner Hut in den Ring für das Dritthöchsteamt der Vereinigten Staaten.
Der erste ist Jim Jordan, ein ärztkonservativer Hardliner und Trumpverbündeter.
Er ist als Vorsitzender des Justizausschusses bekannt für die Impeachment der Ermittlungen gegen Präsident Joe Biden und er hat schon angedeutet, sich gegen ein neues Hilfspaket für die Ukraine stellen zu wollen.
Die Situation an der Grenze und Kriminalität seien den Amerikanern wichtiger, sagt Jim Jordan, umringt von Reportern in einem Gang im Kongress.
Kurz darauf folgt Steve Scalise, der Mehrheitsführer und bisherige Nummer 2 bei den Republikanern im Repräsentantenhaus.
In einem Brief an seine Parteikolleginnen und Kollegen schreibt er, dass jetzt die tiefen Wunden in der Fraktion heilen müssten.
Die Liste dürfte noch länger werden.
Am Dienstag wollen die zerstreuten Republikaner zuerst intern über eine Mehrheit beraten.
Das langwierige Wahlprozedere im Kongress kann frühestens Mitte nächster Woche beginnen.
Bis zur Wahl des neuen Vorsitzenden ist die Arbeit im Repräsentantenhaus blockiert.
Damit kann kein Budget beschlossen werden und auch keine weitere Unterstützung für die Ukraine, sagt sich Präsident Biden, besorgt.
Die Ukraine-Hilfe ist im aktuellen Übergangshaushalt, der auch nur bis Mitte November reicht, nicht enthalten.
Dabei wisse er, dass es in beiden Parteien eine Mehrheit dafür gibt.
Die vergiftete Atmosphäre in Washington müsse sich ändern,
hat er zur U.S.-Präsident Joe Biden auf.
In Granada in Spanien kommen heute Regierungsspitzen aus ganz Europa zusammen zum dritten Treffen der sogenannten europäischen politischen Gemeinschaft.

Besprochen werden die großen Krisen und Konflikte des Kontinents von der Migration bis zum Ukrainekrieg. Die 27 EU-Staats- und Regierungschefs bleiben etwas länger in der andalusischen Hauptstadt. Sie wollen die Frage klären, wie die EU fit für neue Mitglieder gemacht werden kann. Ob dabei das musikalische Erbe Andalusiens helfen kann, Benedikt Feichtner berichtet aus Granada. Untrennbar ist Andalusiens Hauptstadt Granada mit der gleichnamigen Serenade des spanischen Komponisten Isaak Albéniz verbunden. Doch heute dominieren Helikopter, Militärfahrzeuge und britische Polizisten der Stadtbild. An jeder wichtigen Kreuzung seien Sicherheitskräfte stationiert, erklärt Polizist Francisco Salvador. Wir sind hier, um Sicherheit auszustrahlen und damit es ruhig bleibt während dieser Treffen. Die Stadt gleicht einer Festung und geht es nach einigen EU-Staats- und Regierungschefs, soll auch die Europäische Union zu einer werden. Das Thema Migration betrifft jedoch alle Länder der europäischen politischen Gemeinschaft, nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit Drittstaaten soll gemeinsam diskutiert und verbessert werden. EU-Ratspräsident Charles Michel ist überzeugt, wir können die Herausforderung Migration bewältigen, wir können das schaffen. Deshalb dürfen wir nicht aufgeben, sonst begleitet uns dieses Problem noch viele Jahre. Wir müssen verhandeln und Kompromisse finden. Das ist unsere europäische DNA, so kommen wir voran. Nicht weniger umstritten, das Thema Erweiterung. Von der Ukraine und Moldau bis zum Westbalkan, insgesamt acht Länder drängen in die EU. Nicht nur die offiziellen Beitrittskandidaten müssen ihre Hausaufgaben machen, auch die EU werde über Reformen nachdenken, so Ratspräsident Michel. Ich bin davon überzeugt, dass die Europäische Union sicherer und wohlhabender wird, wenn diese Länder der EU beitreten. Aber wir dürfen die Steine, die im Weg zu räumen gilt, nicht unterschätzen. Das sind politische Probleme, die wir lösen müssen.

Weitreichende Beschlüsse werden keine erwartet.
Doch wenn Regierungschefs verfeindeter Staaten
wie Azerbaijan und Armenien
oder dem Kosovo und Serbien an einem Tisch sitzen,
sei allein schon das ein Erfolg,
so ein EU-Diplomat gegenüber dem ORF.
Laut den spanischen Organisatoren
soll den fast 50 Staats- und Regierungschefinnen und Chefs
neben den offiziellen Programmpunkten
auch Zeit bleiben, in Kleingruppen zusammenzukommen.
Nicht zuletzt, um den Zusammenhalt in Europa zu stärken
und ein Zeichen in Richtung Russland zu setzen,
dass kein Teil der europäischen politischen Gemeinschaft ist.
Es ist Anfang Oktober
und nicht nur die Temperaturen lassen,
keine Herbststimmung aufkommen.
Auch das Laub der Bäume hat sich noch kaum verfärbt.
Manche sind überhaupt Tür- und Obstbauern beklagen eine schlechte Ernte.
Doch hat das nur mit den Temperaturen zu tun
und auch noch andere Faktoren,
die die Zyklen der Pflanzenwelt durcheinander bringen.
Barbara Reichmann hat nachgefragt.
Mussbäume, die ihr Laubhauer schon früh abgeworfen haben,
dürre Apfelbäume, wenig Früchte.
All das sei nicht auf den warmen Herbst zurückzuführen,
sagt Hubert Hasenauer,
er leitet das Institut für Waldbau
an der Universität für Bodenkultur in Wien.
Z.B. Zwetschgen, ich hab selber Obstbäume in meinem Garten.
Das hat jetzt mit folgendem Effekt zu tun,
dass wir einen sehr feuchten Frühling hatten.
Durch die tiefen Temperatur im Frühling oder im April-Mai,
wo ja eigentlich die Hauptbestäubung für das Obst passiert,
das war einfach zu kalt.
Daher haben sie heuer relativ geringe Erntemengen bei Obst.
Im Sommer habe es immer wieder geregnet.
Das hat sich positiv auf die Bäume ausgewirkt.
Und wenn dann jetzt im Herbst,
ob September, ein bisschen längere Trockenperioden einsetzen,
das würde mich jetzt nicht allzu sehr beunholen.
Die Bäume benötigen Wasser vor allem im Frühjahr
und im Sommer während ihrer Wachstumsperiode.
Allerdings, in einigen Regionen kann man sehr wohl Stress
durch Trockenheit feststellen,

der einzelnen Baumarten zunehmend zusetzt,
etwa in der Wiener Waldregion.
Aber auch diese Frage muss man genau betrachten.
Buchen etwa benötigen mehr und kontinuierliche Niederschläge.
In den letzten zwei Jahren ist das doch etwas zurückgegangen.
Wenn das jetzt längere Zeit so passiert,
kann man auf die Buche und der Stress kommen.
Die Eiche hingegen, die vor allem in tieferen Lagen zu finden ist,
kommt mit Trockenheit besser zurecht.
Insgesamt beobachtet man eine Veränderung
der Niederschlagsmuster in Österreich.
In Gebirge weniger Schnee, mehr Regen,
was dann zu höheren Abflüssen führt.
Und auch eine gewisse Verlagerung von früher,
wo also die Hauptwachstumsperiode ist, in den Herbst.
Und damit sind wir wieder bei der Ausgangssituation.
Wenn es im Herbst ein bisschen trockener ist,
das ist nicht so schlimm für die Bäume.
Aber im Frühjahr ist es ein Problem.
Hält diese Tendenz langfristig an,
dass sich die Niederschläge aus dem Frühjahr weiter nach hinten verlagern,
würde das die Wachstumsperiode der Bäume stören.
Das beobachten wir mit großer Sorge.
Entscheidend für Heuer wird sein, wie der Winter verläuft,
ob es wirklich kühl wird.
Damit der Baum nicht während des Winters das Signal bekommt zu wachsen
und dann vorzeitig austreibt.
Dann kommt der Kälteeinbruch und dann haben wir Faustschäden.
Und dann freuen wir das nächste Frühjahr ein.
Nämlich, ob es hier genug regnet.
Die Bäume sind also zwar relativ robust,
aber sie sind auch sehr gut an den jahreszeitlichen Rhythmus angepasst.
Wird dieser gestört, kommen auch sie aus dem Gleichgewicht.
Und wie die Bundesforste diese Problematik sehen,
dazu ist Stefan Scherkuber, Leiter des Bereichs Waldbau,
Zugast im Morgenjournal um 8.
Die menschliche Sterblichkeit betrifft uns alle
und doch ist sie in unserem Alltag meist nicht sichtbar.
Das Wiener Dommuseum wird mit dieser Vergänglichkeit nun eine Schau.
Wie schon bei früheren Ausstellungen im Haus am Stephansplatz
sind auch diesmal historische Werke zeitgenössischen gegenübergestellt.
Heute Abend wird die Ausstellung Sterblichkeit
im Wiener Dommuseum eröffnet.
Jakob Fessler hat sie schon besucht.

Niemand von uns kann von der Erfahrung des Todes berichten und doch jeder und jede von uns ist Sterblich.
In diesem Spannungsfeld unternimmt die Ausstellung Sterblichsein mit den Mitteln der Kunst eine Annäherung.
Die Beobachtung, dass der Tod nach wie vor ein tabuisiertes Thema ist, gerade in einer Gesellschaft, die auf Erfolg, auf Jugend konzentriert ist. In anderen Jahrhunderten war das ganz anders.
So Johanna Schwanberg, die Kuratorin und Direktorin im Dommuseum Wien.
Gleich im ersten Raum der Ausstellung zeigen sich die unterschiedlichen Perspektiven auf die menschliche Sterblichkeit.
Eine erweinende Marie des Barockbildhauers Giovanni Giuliani steht da einem winkenden Skelett auf einem fast verspielt wirkenden Gemälde des sinegaläsischen Künstlers Alexandre Diop gegenüber.
Einen Raum weiter lautet das Motto dagegen anzeichnen.
Grafiken von Anolf Reiner und Margaret Bilger, Günter Bruss und Alfred Kubin zeigen Darstellungen von und Begegnungen mit dem Tod.
Einerseits sieht man anhand dieser Blätter der Sammlung Ottumauer, wie Künstlerinnen versuchen quasi, eine Figur für die Darstellung des Todes zu finden, also eine Personifikation sozusagen.
Das ist eine Variante, eine andere ist, dass Kunstschaffende den Verlust geliebter Menschen ins Bild setzen.
Also das ist etwas, wo wir ja als Menschen Erfahrung haben.
Etwa, wenn wir im Nachhinein Fundstücke von Verstorbenen finden oder noch vor deren Tod mit ihnen ein Sterbebildchen auswählen, wie etwa die Künstlerin Lena Ilay-Schwingshandel mit ihrer Oma.
Da ist halt die Bluse wieder und das ist grün.
Das ist auch nicht schlecht, ne?
Das ist schon gut zusammen, ja.
Ich meine, das ist ja dann auch kleiner Oma.
Das sieht man ja gar nicht viel.
Arbeiten von syrischen, ukrainischen und mexikanischen Künstlerinnen erinnern an die Gewalt des Todes in Form von Kriegen und Femiziden.
Der österreichische Künstler Nikolaus Gangster hingegen zeichnet das Gemälde Triumph des Todes von Jan Bräugel, dem Jüngeren, außerhalb des Bilderrahmens weiter und führt so den Betrachter die tödlichen Bedrohungen im gegenwärtigen Anthropozän vor Augen.
Oder lässt sich gegen den Tod vielleicht doch ankämpfen?
Die Künstlerin Orlan versucht es mit einer Petition.
Ist das gut?
Ist das gut?
Ist das gut?
Ich möchte partinieren, diese Petition.
Wir müssen reagieren.

Unsere Ausstellung kann gerade nach den letzten schwierigen Jahren der Pandemie auch nach Beginn des Ukraine-Kriegs, wo Menschen, glaube ich, überall auf der Welt gespürt haben, dass wir doch sterblicher sind, als wir es gerne wahrhaben wollen, die Möglichkeit bieten, sich mit dieser Thematik in einer sensiblen Weise auseinanderzusetzen und das Leben jeden Anblick vielleicht bewusster zu erleben.

So, Johanna Schwanberg.

Denn die Ausstellung Sterblichsein im Dom Museum Wien schafft es gekonnt, unser Leben und die damit verbundene Sterblichkeit nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Qualität anzuerkennen.

1973 lief weltweit eine Schockwelle durch die Kinos, als der Horrorfilm der Exorzist von William Friedkin zu sehen war.

Längst ein Klassiker des Jahres wurde der Stoff seither immer wieder mehr oder weniger neu verfilmt.

Aktuell probiert es der US-amerikanische Regisseur David Gordon Green mit der Exorzist Bekenntnis, der erste Teil einer Trilogie, die direkt an das Original aus den 1970er Jahren anschließen möchte.

Ab heute im Kino, Arnold Schnötzing.

Versteckspielen mit dem Vater noch vor dem Frühstück Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto vor der Schule abliefern, Hausaufgaben machen bei der besten Freundin.

Vorerst also keine Auffälligkeiten in einer Kleinstadt in Georgia. Doch das Böse ist ja bekanntlich immer und überall.

Als die Schulmädchen Angela und Catherine verschwinden, ist es vorbei mit der Idylle.

Angela, kannst du deinem Dad sagen, wie lange du weg warst?

Ein paar Stunden.

Baby, du warst drei Tage weg.

Angela und Catherine sind zurück, aber in ihrer Persönlichkeit völlig verändert.

Catherine, Catherine!

Catherine, Catherine!

Catherine, Catherine!

Die Mädchen sind von einem Dämon besessen, soweit so bekannt auch die Therapie.

Ein Exorzismus muss her.

Doch da scheiden sich die Geister,

denn über die verschiedenen Familienhintergründe generiert der Film die in Hollywood quasi obligatorische Diversität.

Die weiße, streng katholische Mittelstandsfamilie von Catherine zeigt zum Klassiker mit Priester-Einsatz, der Vater von Angela, alleinerziehende Afroamerikaner und religiöser Skeptiker, bevorzugt schamanistische Praktiken.

Wie also kann man da zusammenarbeiten,

ein Grundkonflikt für Regisseur David Gordon-Green?

Und dieses Szenario erlaube es mehrere Perspektiven von Besessenheit über mehrere Figuren und deren religiöse Einstellungen zu erforschen.

Das exorzistische Kerngeschäft wird wie bisher betrieben, mit hässlichen Fratzen, verdrehten Augen, schleimigen Flüssigkeiten, mit Körperverränkungen und allerlei Handgepässe.

Das ist der Fall, dass es sich um die

Handgepäck, also Bibel, Weihwasser, Kreuz und zusätzlich Hokus-Pokus

aus der Schamanenzumpf und freilich, schön sprechen ist für einen Dämon keine Option.

Apropos Regan, das besessene Mädchen aus dem Exorzisten von 1973

kommt durch die Hintertüre ins Spiel.

Ihre Mutter, erneut besetzt mit Ellen Burstin,

tritt diesmal als prominente Beraterin auf.

Exorzismus ist ein Ritual.

Jede Kultur, jede Religion, alle nutzen verschiedene Methoden.

Alle werden nötig sein.

Ganz bewusst sucht der Film von David Gordon-Green

die Nähe zu William Friedkins Original aus den 70ern.

Freundlich könnte man sagen,

als Homage an diesen Horrorklassiker, weniger gut gelaunt,

pure Markenfledderrei und Trittbrettfahren auf filmhistorischen Kulturgut.

Haben Sie jemals so etwas gesehen?

Eine Frage, die sich zumindest für diesen Film eindeutig beantworten lässt.

Kurz nachher auch die Nachrichten, Tom Brandenberger.

Nach langem zehn Ringern haben ÖVB und Grüne bei ihren Verhandlungen

über die Abschaffung des Amtsgeheimnisses offenbar eine Einigung erzielt.

Am Farnetag wird der Entwurf für das neue Informationsfreiheitsgesetz präsentiert.

Ziel ist, dass Bund, Länder und Gemeinden Anfragen von Bürgern und Bürgerinnen

nicht nur beantworten, sondern ihnen auch Informationen erteilen müssen.

Die Abschaffung des Amtsgeheimnisses gilt als Leuchtturmprojekt der Grünen.

Länder und Gemeinden befürchten einen hohen Verwaltungsaufwand.

Mit einem lachenden und weinenden Auge sieht ÖGK-Generaldirektor Bernhard Wurzer die Einigung beim Finanzausgleich.

Einerseits habe es noch nie so viel Geld zusätzlich für das Gesundheitssystem gegeben,

andererseits sei es nicht genug, um einen bundesweit einheitlichen Leistungs- und Honorarkatalog umzusetzen.

So wird sein Gespräch mit dem Ö1-Morgenschannel es sein nun zu befürchten, dass wieder viele Menschen in die Spitalsambulanzen strömen.

Rund 350.000 Kundinnen und Kunden des Verbund können auf Rückzahlungen hoffen.

Das Wiener Oberlandesgericht Wien hat in zweiter Instanz bestätigt,

dass die Preisänderungsklausel, die im vergangenen Jahr Basis für die massiven Preiserhöhungen beim Energiekonzern waren, unzulässig ist.

Hintergrund ist, dass laut dieser Klausel die Preisentwicklung vom Großhandelsindex abhängig ist.

Tatsächlich erzeugt der Verbund einen Großteil seines Stroms, aber mit Wasserkraft selbst.

[Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 7 (05.10.2023)

Das Verfahren hatte der Verein für Konsumenteninformation angestrengt.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Und das Wetter heute bringt mehr Sonne als gestern.

Anfangs gibt es aber noch für ein paar Stunden Nebel oder Hochnebel, vor allem nach Süden zu.

Und die Höchstwerte heute 16 bis 23 Grad.

Das nächste Journal gibt zum Acht. Jetzt um 7.30 Uhr geht es weiter mit Guten Morgen mit Ö1 und Bernhard Fellingner.

Sind Sie ein Markenmuffel? Vielleicht hilft Ihnen folgender Gedanke.

Jeder Morgen ist eine Welt-Uraufführung.

Die Welt-Uraufführung ist eine Welt-Uraufführung.